

„Brecht den roten Uni-Terror!“ – ‚1968‘ im Visier der extremen Rechten

Fabian Virchow

Zusammenfassung: Ausgangspunkt des Beitrages ist die Beobachtung, dass im Diskurs der extremen Rechten vielfach Bezüge auf ‚die 68er‘ hergestellt werden. Entlang zentraler Publikationen der extremen Rechten identifiziert der Text zunächst, welche Feindbildkonstruktionen gegenüber ‚den 68ern‘ und wichtigen Protagonist*innen einer Demokratisierung von Hochschulen und Gesellschaft im zeitgenössischen Kontext sichtbar wurden. Im zweiten Teil der Ausführungen werden aktuelle Deutungen der ‚68er‘ rekonstruiert, die in der APO und der Bewegung der Studierenden entweder die Fortsetzung einer ‚anti-deutschen‘ Politik der US-amerikanischen ‚Re-Education‘ sehen (‚cultural marxism‘) oder zumindest für einige der bekanntesten Protagonisten nationalrevolutionäre Positionen behaupten.

Schlüsselbegriffe: Studentenbewegung, Deutschland, 1960er-Jahre, Universität, radikale Rechte, Deutscher Studenten-Anzeiger, Frankfurter Schule, Nationalismus

Summary: This article starts from the observation that references to ‚the 68ers‘ are manifold in the discourse of the German extreme right. The text first identifies which constructions of the enemy image vis-à-vis ‚the 68ers‘ and important protagonists of a democratization of universities and society became visible at that time by looking at central publications of the extreme right. In the second part of the text, current interpretations of the ‚68ers are reconstructed, which either see the APO and the student movement as the continuation of an ‚anti-German‘ policy of U.S. ‚re-education‘ (‚cultural marxism‘) or, at least for some of the best-known protagonists, claim national-revolutionary positions.

Title: ‚Brecht den roten Uni-Terror!‘ – ‚1968‘ Targeted by the Extreme Right

Keywords: Student movement, Germany, 1960s, university, far right, Deutscher Studenten-Anzeiger, Frankfurt School, Nationalism

Einleitung

Die Bewertung der Bewegung der Studierenden und der außerparlamentarischen Bewegung der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre ist noch immer Gegenstand politischer und wissenschaftlicher Kontroversen (z. B. Behre 2016; Tauschek 2016; Schäfer 2015; Korndörfer 2014; Brown 2013; Gilcher-Holtey 2008; Witkowski 2008; Mausbach 2002; Watts 2001). ‚1968‘ dient dabei je nach politischer Orientierung und Interessenlage als Chiffre für ganz unterschiedliche Interpretationen (vgl. Lucke 2008). ‚1968‘ steht dabei weniger für eine Reihe von Ereignissen, die sich im Jahre 1968 ereignet haben, sondern für einen Zyklus an gesellschaftlicher Entwicklung, sozialer Mobilisierung und politischer Aktivitäten, die bereits in

den frühen 1960er-Jahren begannen und bis in die 1970er-Jahre hineinreichten. In diesem Zeitraum gab es nicht nur insgesamt ein zunehmendes politisches Engagement auch der Jugend, sondern auch eine Vielfalt sozialer und politischer Akteure, die sich programmatisch zu einer Demokratisierung und Liberalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bekannten bzw. diese offensiv einforderten. Die entsprechenden Diskurse fanden ihre Referenzthemen in autoritären Regimen, Dekolonisierungsprozessen, dem Vietnamkrieg sowie nicht zuletzt in der sich nur schleppend entwickelnden Aufarbeitung des deutschen Faschismus.

Zwar ließen sich seit Ende der 1950er-Jahre gegen Widerstände der Führungsschichten der Adenauer-Ära Tendenzen zu einer demokratischen Liberalisierung der bundesdeutschen Gesellschaft erkennen und mit dem sogenannten Ulmer Einsatzgruppenprozess (1958) (Müller/John 2008) und der Gründung der Zentralen Stelle der Justizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg (1958) (Hofmann 2018) gab es wichtige Impulse einer justiziellen Verfolgung von NS-Verbrechen (Wernecke 2007). Aber eine breitere gesellschaftliche, gar gesellschaftsanalytische Aufarbeitung, die nicht nur eine historische Perspektive berücksichtigt hätte, sondern auch das verbreitete gesellschaftliche und familiäre Beschweigen des deutschen Faschismus und seiner Verbrechen sowie die Kontinuität von Karrieren in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen, zum Teil bis in höchste Regierungsämter, war nur schwach ausgebildet. Studentische Initiativen, etwa die 1959/60 vom SDS organisierte Ausstellung „Ungesühnte Nazi-Justiz“, hatten mit zahlreichen Widerständen bis in die Sozialdemokratie zu kämpfen.

In der retrospektiven Betrachtung der APO bzw. der ‚68er‘ finden vor allem Ereignisse massenmediale Beachtung, die die Entwicklung der Bewegung und des Protestgeschehens nachhaltig beeinflusst haben. Hierzu zählen der Tod Benno Ohnesorgs ebenso wie der Mordversuch an Rudi Dutschke. Entsprechende Aufmerksamkeit erhielt Jahrzehnte später der Polizeibeamte und Waffennarr Karl-Heinz Kurras, der am 2. Juni 1967 den tödlichen Schuss auf Benno Ohnesorg abgegeben hatte, als bekannt wurde, dass er seit 1955 als sogenannter Geheimer Informator für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR tätig war (vgl. Müller-Enbergs/Jabs 2009). Und über den fanatischen Antikommunisten Josef Bachmann, der am 11. April 1968 in Berlin Rudi Dutschke niederschoss und dafür später wegen versuchten Mordes zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde, wurde ebenfalls erst mit deutlicher zeitlicher Verspätung bekannt, dass er enge Verbindungen zu organisierten Neonazis der Stadt Peine hatte, von denen er zuvor bereits eine Waffe bezogen hatte (vgl. Wensierski 2009). In beiden Fällen führte das Bekanntwerden dieser Informationen dazu, dass eine Neubewertung der unmittelbaren Vorgänge, ja des gesamten Phänomens ‚1968‘ eingefordert wurde. Der Springer-Verlag, der sich seinerzeit gegenüber den protestierenden Studierenden mit Schlagzeilen wie „Stoppt den Terror der Jung-Roten – Jetzt!“ und „Wer Terror produziert, muss Härte in Kauf nehmen“ eindeutig positioniert hatte, sah nun den nachträglichen Beweis erbracht, dass nicht die ‚Hetze der Bild-Zeitung‘, sondern die neonazistische Gesinnung Bachmanns ursächlich für die Gewalttat gewesen war (vgl. o.V. 2009).

Tatsächlich war die zweite Hälfte der 1960er-Jahre auch eine Renaissance der parteiförmig organisierten extremen Rechten¹, vor allem sichtbar an der Gründung und dem raschen

1 Unter der extremen Rechten wird hier in Anlehnung an Hans-Gerd Jaschke jene „Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht“ verstanden, die „von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den

Aufstieg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). In der zeitgenössischen Forschung zur NPD und zu anderen Organisationen der extremen Rechten wurde dem Thema Hochschule, insbesondere jedoch der Positionierung gegenüber der Bewegung der Studierenden bzw. der APO wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Vereinzelt wurde auf programmatische Aussagen der NPD verwiesen, die eine autoritäre Führung und ständische Strukturen an den Hochschulen favorisierte (Noll/Plitt/Ridder 1970: 49 f.); an anderer Stelle wurde das Eintreten der Partei für die Beibehaltung der „organische[n] Gliederung in Volks-, Realschule und Gymnasium“ angeführt, die Bildungsmöglichkeiten „nach Begabung und Leistung“ (zit. nach Dorn 1969: 158) böten. Anhand einiger Zitate aus der NPD-Parteizeitung *Deutsche Nachrichten* verdeutlichten Kühnl, Rilling und Sager (1969: 93–95) den elitären und autoritären Charakter der hochschulpolitischen Ziele der NPD und verwiesen auch auf das Auftreten des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB). In einer Übersichtsdarstellung zur Entwicklung der NPD wurde auf die Frontstellung der NPD gegen die Bewegung der Studierenden hingewiesen, die als ‚geisteskrank‘ und als ‚Radaubröder‘ bezeichnet wurden und deren Relegation von den Hochschulen gefordert wurde (Hoffmann 1999: 314).

Vergegenwärtigt man sich, dass das Sprechen vom „versifften 68er Deutschland“ (Meuthen 2016) bei Parteiveranstaltungen der Alternative für Deutschland (AfD) starke Zustimmung hervorruft und die neonazistische Kleinpartei *Der III. Weg* im Dezember 2019 aus Anlass der vierzigsten Wiederkehr des Todestages von Rudi Dutschke Plakate mit seinem Konterfei und der Behauptung, Dutschke „wäre heute einer von uns!“ (*Der III. Weg* 2019) verbreitete, so verweist dies bei aller Unterschiedlichkeit der Bezugnahmen auf die anhaltende Bedeutung, die ‚die 68er‘ als Referenz noch heute auch in der extremen Rechten haben.

Eine systematische Untersuchung zur Wahrnehmung der ‚68er‘ seitens der extremen Rechten liegt bisher weder in den Forschungen zu ‚1968‘ noch seitens der Rechtsextremismusforschung vor; eine gewisse Aufmerksamkeit haben vor allem jene Protagonisten gefunden, die zeitweise eine deutlich sichtbare Rolle in der APO bzw. der Bewegung der Studierenden gespielt haben und im späteren Verlauf in extrem rechten Kontexten aufgetaucht sind; mit Ausnahme der Arbeit von Seitenbrecher (2013) verzichteten diese jedoch auf die Untersuchung der zeitgenössischen publizistischen Beiträge von Akteuren wie Horst Mahler, Bernd Rabehl oder Günter Maschke (Heimlich 2009; Zantke 2018).

Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wie die extreme Rechte sich zu den Aktivitäten der ‚68er‘-Bewegung positioniert (hat): worin sie Ursachen und Wirkung der Mobilisierung der Studierenden zu erkennen glaubte und wie sie sich in dieser historischen Situation gegenüber APO und ‚68ern‘ verhielt.

Als Datenmaterial für diese Untersuchung wurden insbesondere die thematisch einschlägigen Beiträge aus den folgenden Publikationen und Zeiträumen erhoben: *Deutscher Studenten-Anzeiger* (1961–1978)², *Nation Europa* (1960–2009)³, *Deutsche Nachrichten*

Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (Jaschke 1994: 31).

2 Der *Deutsche Studenten-Anzeiger* (DSA) war mit einer Auflage von bis zu 51.000 Exemplaren und bis zu 7 Nebenausgaben zeitweilig die auflagenstärkste westdeutsche Studentenzeitung; Zahl der berücksichtigten Beiträge: 45.

3 Die seit 1951 erscheinende Monatszeitschrift war das zentrale organisationsübergreifende Strategie- und Debattenmagazin der extremen Rechten. Nach der Fusion mit den *Deutschen Monatsheften* im Jahr 1990 erschien es als *Nation & Europa*; Zahl der berücksichtigten Beiträge: 42.

(1965–1972)⁴, NHB-Report (1972–1975)⁵ sowie zentrale Buchpublikationen, die sich unmittelbar und zentral mit den ‚68ern‘ befassen. Damit sind zentrale Publikationen der extremen Rechten, die in den beiden Zeiträumen aufgrund ihrer thematischen Fokussierung sowie des Stellenwerts innerhalb der extremen Rechten relevant waren/sind, berücksichtigt worden. Die Daten wurden im Rahmen einer an Mayring (2015) angelehnten qualitativen Inhaltsanalyse händisch entlang eines induktiv gewonnenen Kategoriensystems ausgewertet. Für die Darstellung wurde eine summarische Form gewählt.

In einem ersten Abschnitt wird die zeitgenössische Kritik und Konfrontation der extremen Rechten gegenüber der Bewegung der Studierenden dargestellt; im zweiten Abschnitt werden die gegenwärtigen Bezugnahmen auf die ‚68er‘ rekonstruiert, soweit in ihnen ein wichtiger Schrittgeber der ‚antideutschen‘ Re-Education gesehen wird; der dritte Abschnitt befasst sich demgegenüber exemplarisch mit Interpretationen der ‚68er‘ als ‚Nationalbewegung‘, wie sie vor allem von ehemaligen SDS- und APO-Aktivisten formuliert wird.

Der zeitgenössische Blick der extremen Rechten

Die zeitgenössische extreme Rechte, insbesondere die NPD und ihr assoziierte Akteure wie der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) sowie Publikationsorgane wie der Deutsche Studenten-Anzeiger (DSA) bzw. die von Gerhard Frey herausgegebene National-Zeitung (NZ), aber auch die sich später profiliert nationalrevolutionär verstehende Gruppe außerparlamentarische mitarbeit (apm) nahmen bereits früh zum politische Engagement an den Universitäten und zur entstehenden Bewegung der Studierenden sowie zur APO Stellung, wobei Basisideologeme extrem rechter Weltanschauung – insbesondere der völkische Nationalismus, biologistische Denkfiguren sowie ein dogmatisch-milanter Antikommunismus – regelmäßig den Maßstab abgaben.

So agitierte der 1961 erstmals erschienene DSA gegen den Verband Deutscher Studenten (VDS), dem seine Kontakte und Solidaritätsaktionen mit dem antikolonialen Kampf in zahlreichen afrikanischen Ländern vorgeworfen wurden (vgl. Loscheid 1961). Dies galt etwa für die kurzzeitige Solidaritätskampagne für den südafrikanischen Anti-Apartheid-Aktivist Neville Alexander, die das Blatt mit Informationen aus der Hand des damaligen südafrikanischen Justizministers konterte (vgl. Kleist 1964a). Neville wurde vom DSA nicht nur als Kommunist bezeichnet – was er seinem Selbstverständnis nach wohl auch war –, sondern auch als „Sittenstrolch“ (R.L. 1964) denunziert. Als der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und der SPD-nahe Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) den Staatsbesuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Moïse Tschombé im Dezember 1964 zu Demonstrationen gegen die Zusammenarbeit mit der ehemaligen Kolonialmacht Belgien, internationale Bergbaukonzerne sowie gegen die Ermordung Patrice Lumumbas im Januar 1961 und den Einsatz südafrikanischer Söldner nutzten, kommentierte dies der DAS damit, dass mit

„dieser Anti-Tschombe-Aktion [...] unsere linksradikalen Studentenfunktionäre wieder einmal klargemacht [haben], was sie sich unter Menschenrechten und Demokratie vorstellen. Anscheinend sehen sie die Einparteien ‚demokratien‘

4 Die Deutschen Nachrichten (DN) waren zwischen 1965 und 1973 die Parteizeitung der NPD; Zahl der berücksichtigten Beiträge: 32.

5 Der NHB-Report erschien zwischen 1973 und 1986 als Organ des Nationaldemokratischen Hochschulbundes; Zahl der berücksichtigten Beiträge: 23.

selbstherrlicher afrikanischer Potentaten als ihr Ideal an. Man hat jedenfalls von einer Protestaktion des SDS oder anderer ihm ähnlicher Gruppen gegen die eklatante Verletzung der Menschenrechte in Afrika und vor allen Dingen in unserem eigenen Vaterland noch nichts gehört“ (Degen 1965).

Tatsächlich zeigte sich bereits bei solchen Anlässen, dass die extreme Rechte der entstehenden Studierendenbewegung insbesondere fehlendes Engagement zugunsten der ‚deutschen Einheit‘ und – damit verbunden – ausbleibende Kritik an den Machtstrukturen und gesellschaftlichen Verhältnissen in den Staaten des sogenannten ‚realen Sozialismus‘ vorwarf. Der DSA sprach – die Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus relativierend – von der DDR als dem „größte(n) Konzentrationslager der Weltgeschichte“ (Frey 1961), um die vom VDS mit der Freien Deutschen Jugend (FDJ) im Rahmen von internationalen Studententreffen zunächst auf nicht-deutschem Boden stattfindenden Begegnungen zu skandalisieren, und beklagte, dass der VDS sich um Kontakte zur „Studentenschaft des Ostblocks bemühe, Beziehungen zum spanischen Studentenverband aber ablehne“ (Lausberg 1963). Zugleich forderte das Blatt die Einschränkung des Rechts politischer Betätigung für ausländische Studierende (vgl. st 1964).

Zu den zentralen und dauerhaften Auseinandersetzungen, in denen die extreme Rechte Stellung bezog, gehörte das politische Mandat. Dabei setzte der DSA insbesondere an der automatischen Abführung von Finanzmitteln aller Studierenden an den VDS an (vgl. Tannert 1964). In einer Ausgabe von Anfang 1965 hieß es demzufolge: „Als Zwangsorganisation aller ordentlichen Hörer an bundesrepublikanischen Hochschulen einschließlich Westberlins hat der VDS seit Jahren seinen Aufgabenbereich und seine Kompetenzen überschritten, wenn er von Rumänien bis zum Kongo und von Portugal bis Südafrika eine selbständige Pseudo-Außenpolitik betreibt, ohne sich auf ein politisches Mandat stützen zu können.“ (Ebert 1965)⁶ Um dieses Wirken zumindest einzuschränken, unterstützte die Zeitung Mitte der 1960er-Jahre eine Kampagne zum Austritt von Allgemeinen Studentenausschüssen (AStA) aus dem VDS, was auch tatsächlich in mehreren Fällen geschah. So verließ im April 1965 der AStA der Universität Köln den VDS, andere Studentenvertretungen an den Hochschulen von Gießen, Karlsruhe und Würzburg folgten, glaubt man den Angaben des Blattes (vgl. Tannert 1967). Im Mai 1968 kam es dann unter der Parole „Enteignet den VDS“ zu einer Kampagne, die sich für die Sperrung aller staatlichen Zuschüsse einsetzte (vgl. Tannert 1968b). Und in seiner November-Ausgabe vermeldete der DSA, dass nun 14 Universitäten ausgetreten seien und auch Bundesinnenminister Ernst Benda (CDU) die Zahlungen eingestellt habe (vgl. Ehlers 1968). Diese Auseinandersetzung mit dem VDS setzte sich bis in die 1970er-Jahre fort und führte zu zahlreichen Gerichtsurteilen zuungunsten des VDS (vgl. Rohwedder 2012: 178); dabei bot der DSA Musterklagen an, um möglichst zahlreiche entsprechende Aktivitäten auf den Weg zu bringen.⁷

Freilich beschränkte sich die extreme Rechte nicht darauf, den Handlungsspielraum linker Akteur:innen und deren persönliche und politische Integrität zu beschädigen, sondern bemühte sich auch, mit eigenen Stellungnahmen in die gesellschaftliche Diskussion um die

6 Unter ‚politisch‘ wurden dabei vor allem Artikulationen verstanden, die parteipolitisch zugeordnet werden konnten. Voten für die ‚Wiedervereinigung‘ galten beispielsweise als problemlos, da sie überparteilich getragen wurden. Vereinzelt hatte auch die studentische Linke die Inanspruchnahme des allgemeinpolitischen Mandats kritisiert, wo es von konservativer Seite in Anspruch genommen worden war (vgl. Rohwedder 2012: 166). Einen Einspruch der extremen Rechten gab es in solchen Fällen nicht.

7 Vgl. den Beitrag „Jetzt ist der VDS bankrott“ in DSA Nr. 64/65 vom 3./4. Quartal 1974. Weiterführende Forschung könnte im Einzelfall zeigen, welche konservativen und extrem rechten Protagonisten entsprechende Kampagnen organisierten.

Entwicklung der Hochschulen einzugreifen und dafür Unterstützung zu finden. So kommentierte der DSA die Veröffentlichung des – wie sich zeigen sollte: einflussreichen – Bandes „Hochschule in der Demokratie“ (Nitsch et al. 1965). In der Stellungnahme hieß es u. a., durch die Mitarbeit bzw. Beratung seitens Wolfgang Abendroths, Jürgen Habermas‘ und Klaus Meschkats sei das Buch quasi zum „sozialistischen Hochschulprogramm autorisiert“. Als „in ihrem historischen Teil materialreiche Arbeit“ sei sie „sicher nicht ohne Gewinn aus der Hand (zu) legen“. Bei dieser Bewertung blieb es jedoch nicht. Die grundlegende weltanschauliche Differenz wurde unmittelbar im Anschluss verdeutlicht: „Bildungspolitik wird rein aus dem Blickwinkel der Soziologie beurteilt; die Erkenntnisse der Humangenetik bleiben unberücksichtigt“ (Loscheit 1966). Mit den ‚Erkenntnissen der Humangenetik‘ sind an dieser Stelle erbbiologische Studien gemeint, die aus Sicht der extremen Rechten eindeutig belegen, dass Begabung und ‚geistig-seelisches Verhalten‘ angeboren seien (vgl. o.V. 1974; Kosiek 1969), was als Beweis für die Unmöglichkeit bzw. ‚Widernatürlichkeit‘ egalitärer Reformbestrebungen angesehen wurde (vgl. Farrenpointner 1975). In ihrer Kritik am „Abitur als Massenware“ und dem „Vermassungs- und Verflachungsprozess“ (R. 1963) an den Universitäten glaubte man sich auf naturwissenschaftliche Fakten berufen zu können. Auch von Seiten der extremen Rechten gab es freilich Stimmen, die einer exakten Trennung von allgemein-politischem und hochschulpolitischem Mandat widersprachen (NHB-Schleswig-Holstein 1969).

Für den Hamburger NHB erschien ein Beitrag Hartwig Singers (1968; d.i. Henning Eichberg), in dem der Universität unter dem Stichwort ‚Hochschulkritik‘ programmatisch die Funktion zugewiesen wurde, „Leistungssimulator der Nation“ zu sein. Dieser Anspruch wurde an den Gedanken der Leistungshierarchie und eine Absage an Demokratisierung im Sinne von Egalitarismus gekoppelt und mit der grundsätzlichen Überlegung verbunden, dass die Universitätskrise als Teil der allgemeinen Gesellschaftskrise zu begreifen sei. Daher, so die Schlussfolgerung, müsse sich jeder Student im außeruniversitären Bereich engagieren, u. a. „in der Alternativpartei, deren Wahlerfolge gesunde Unruhe hervorgerufen haben und die diesen Prozeß weiter verschärfen muß.“ Mit der im Text nicht namentlich genannten ‚Alternativpartei‘ war die NPD gemeint, die in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre in mehrere Landesparlamente Abgeordnete entsenden konnte.

In den Gesetzesinitiativen der NPD-Landtagsfraktionen⁸ wie in den Publikationen der extremen Rechten tauchte eine Vielzahl von Überlegungen und konkreten Vorschlägen auf – etwa zur Gründung konservativer Gegen-Universitäten (o.V. 1975), zur Zentralisierung des Bildungswesens durch Schaffung eines entsprechenden Bundesministeriums oder zur Stärkung von sogenannten Ingenieursschulen⁹, die sich alle in die paradigmatische Perspektive einfügten, dass „Leistung auf dem Gebiet der Forschung und Lehre [...] als Existenzfrage für Deutschland im internationalen Kontext, sowie als Existenzfrage der Universität im gesellschaftlichen Kontext“ zu verstehen sei und jedes „Egalitätsstreben [...] im Widerspruch zum Primat der Leistung, wie auch zur Realität intelligenzmäßiger Differenziertheit in der Gesellschaft“¹⁰ stünde. Entsprechend wurden organisatorische Änderungen, die die bestehenden Hochschulstrukturen demokratisierten, wie etwa die Gruppenuniversität, scharf abgelehnt (vgl. Lohaus 1975; Kosiek 1972).

8 Vgl. Deutsche Nachrichten Nr. 40/1968 vom 04.10.1968. Im folgenden als DN abgekürzt.

9 Vgl. DN Nr. 31/1968 vom 02.08.1968.

10 NHB-Report Nr. 12, S. 25.

Gegenstand der Kritik waren auch Vertreter der Frankfurter Schule, insbesondere Herbert Marcuse (vgl. Emrich 1968; Osten 1968; Lohaus 1970) und der als „Umerziehungsprofessor“¹¹ denunzierte Theodor W. Adorno (vgl. auch Härtle 1969). Die APO, so wurde – die historische Komplexität reduzierend – geschlussfolgert, sei ein „legitimes Kind der ‚re-education‘ als obskure Mischung aus Freud, Marx und angewandtem Aggressionstrieb“ (Bayer 1969). Als Kerngruppe der „Ziehväter“ bzw. „Einpeitscher jugendlicher Anarcho-Kommunisten“ (R.B. 1969) wurden diejenigen markiert, die angesichts des nationalsozialistischen Terrors in die Emigration gegangen waren oder die „als Sendboten des neuen Linksradikalismus aus dem kommunistischen Herrschaftsbereich (u. a. Abendroth, Bloch“ (ebd.) kamen. So sei die „Saat der Umerziehung [...] im Jahre 1968 deutlich sichtbar aufgegangen“ und das Gewalthandeln von „[p]sychisch gestörte[n], bindungslose[n] Jungintellektuelle[n]“ sei „die logische Folge jenes seelischen Vakuums, das durch die systematische Wertzerstörung von Berufsbesiegten und Berufsbewältigern künstlich erzeugt“ (Caprivi 1969: 3) worden sei.

Als alternative weltanschauliche Leitfiguren wurden Arnold Gehlen, Konrad Lorenz und Caspar Schrenk-Notzing¹² angeboten. Helmut Schelskys Publikation ‚Die Arbeit tun die anderen: Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen‘ (1975) wurde von der extremen Rechten als konservative Stimme honoriert¹³, da er mit seinen Ausführungen – wie es im NHB-Report hieß – nicht nur den Opportunismus der CDU beklagt habe, sondern auch in der Forderung nach ‚Mitbestimmung‘ und ‚Bildungsurlaub‘ eine Schlüsselfunktion bei der „schleichenden Revolutionierung unserer politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Leidig 1972) entdeckt habe. Zugleich war man – in weitgehender Verkennung der Motive der protestierenden Studierenden – davon überzeugt, dass „sich die angeblich auf Abschaffung jeglicher Autorität versessene Jugend in Wirklichkeit nach echten Autoritäten“ (Caprivi 1969: 6) sehne; sobald sie „einen ‚Kerl‘, eine echte Autorität zu erkennen glauben“, seien junge Menschen „bereit, begeistert zu folgen und sich unterzuordnen“ (Pohl 1969: 9).

Die Entwicklung an einzelnen Universitäten wurde aufmerksam beobachtet. Dies galt insbesondere für die FU Berlin, die „Krawall-Uni Nr. 1“ (-erst- 1967a), bei der man davon ausging, dass die Rebellion der Studierenden durch die diesen per Statut eingeräumten weitgehenden Rechte gefördert worden sei (vgl. Loscheit 1966) und der „Zuzug von Wehrdienstdrückebergern aus Westdeutschland“ (Michael 1968: 10) entsprechendes Potential geschaffen hatte, aber auch für Bremen¹⁴ und Konstanz¹⁵. Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten linker Gruppen an der FU Berlin wurde u. a. darauf zurückgeführt, dass „seit dem verhängnisvollen 13. August 1961, dem ersten Tage der Mordmauer, (...) der Zustrom von antibolschewistisch gesinnten jungen Menschen aus der Zone gestoppt“ (Zippendorf 1965) sei. In den Berichten über die FU wurde nicht nur der Weggang einzelner Professoren notiert, sondern auch linke AStA-Vertreter, Professoren und Assistenten namentlich haftbar gemacht.¹⁶ So hieß es über Kurt Flechtheim:

11 DN Nr. 29/1967 vom 21.07.1967.

12 Vgl. DSA Nr. 71/72 vom 2./3. Quartal 1976; DN Nr. 38/1970 vom 18.09.1970; Schrenk-Notzing 1970.

13 Im DSA Nr. 68/69 vom 4. Quartal 1975 erschien ein entsprechendes Interview mit Schelsky.

14 Vgl. die entsprechenden Beiträge im DSA Nr. 62 vom 1. Quartal 1974 und in den DN Nr. 14/1970 vom 03.04.1970, DN Nr. 31/1970 vom 31.07.1970 und DN Nr. 37/1970 vom 11.09.1970.

15 Vgl. DN Nr. 23/1970 vom 05.06.1970.

16 Zu der langen Liste der in diesem Zusammenhang genannten Personen gehörten Helge Pross, Kurt Sontheimer, Hermann Glaser, Wolf-Dieter Narr, Jürgen Treulieb, Ernst Bloch, Gerhard Bauer, Sebastian Haffner, Rudi Dutschke.

„Der Neomarxismus steht bei einigen Studenten und Professoren der FU in hohem Ansehen. Einer der geistigen Wegbereiter und Förderer des ‚alten Traumes‘ vom ‚reinen‘ Sozialismus lehrt seit 1961 politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU: Professor Kurt Flechtheim, von russischen Juden abstammender deutscher Jungbolschewik der dreißiger Jahre, dann emigriert und 1946 wieder zurückgekehrt.“ (Ebd.)

Der Verweis auf Judentum und Emigration dürfte in diesem Kontext kein Zufall sein, erlaubte er doch die Verbindung zum tradierten Bild vom ‚jüdischen Bolschewismus‘ und ‚Vaterlandsverräter‘.

Als im Sommersemester 1965 das Verbot eines Auftritts des Journalisten Erich Kuby durch den damaligen Rektor der Universität, Professor Dr. Herbert Lüers, zu Protesten führte, veranlasste dies den DSA zu der grotesken Bewertung:

„Man will an der FU ein kleines Spanien 1936 inszenieren. Man will einen ‚volks‘demokratischen Brückenkopf im freien Berlin errichten. Und man fühlt sich ungemein stark, weil man von der bourgeoisen Antifa-Presse der Bundesrepublik unterstützt wird. Westdeutschlands Polit-Chamäleon Nr. 1, Sir Sebastian Haffner, giftet im ‚Stern‘ von Hamburg: ‚Wenn der dumpfe Geist der Intoleranz und der Reaktion, der sich dort (in der Freien Universität) jetzt am Werke zeigt, nicht gebannt wird, dann ist das Unheil, das er anrichten kann, gar nicht abzusehen.‘“ (Ebd.)

Ähnliche Angriffe wurden auch gegen die Hamburger Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ vorgetragen. In der Wahl Rolf Kreibichs zum ersten Präsidenten der FU Berlin im Jahr 1969 sah die NPD-Parteizeitung eine „Machtübernahme“¹⁷ und ein Zeichen für die zunehmende „Unterwanderung“ (P.L. 1967) der Universität, zumal dieser – so sekundierte der DSA – „den Mahler-Freund Otto Schily“ (o.V. 1972) in den Ordnungsausschuss der FU berufen habe.

Die Medien der extremen Rechten fokussierten ohnehin stark auf den ‚Rotfront-Terror‘, glaubte man auf diese Weise doch, Sympathien bei einem Teil der Studierenden gewinnen zu können. Den Tod Benno Ohnesorgs sah der DSA als unausweichliche Konsequenz „der Dauerprovokation der akademischen Kommune“; verantwortlich seien „jene, die den Schahbesuch benutzten, um zum direkten Straßenterror überzugehen“. Bis in die Wortwahl wurde eine Analogie zwischen den Protesten der Studierenden gegen das Schah-Regime und dem Terror der SA in der Weimarer Republik behauptet: „Benno Ohnesorg wurde zum ‚Blutzeugen‘ gemacht. Das Ergebnis erinnert an Massenpsychosen, wie es sie in Deutschland schon einmal gab. Der Blutzeugenkult weckte eine dumpfe Solidarität“ (-erst- 1967b). Entsprechend dominierte auch eine bedingungslose Verteidigung des Todesschützen.¹⁸ Lediglich Hartwig Singer (1967) forderte in einem DSA-Beitrag, dass es „keine Solidarität mit den unmittelbar verantwortlichen Polizeiministern von Hamburg und Berlin“ geben dürfe; in einer „Revolte gegen die Zwangsorganisationen der ‚Demokratisierung‘, gegen die Entartungen des Studentenparlamentarismus“ müsse der „Einsatz der vorhandenen moralischen Emotionen zum Kampf gegen die Verfolgung politischer Nonkonformisten“ – gemeint waren freilich nicht die demonstrierenden Studierenden, sondern die extreme Rechte – genutzt werden.

Im Jahr darauf bilanzierte Otto Strasser (1968) die Studierendenproteste und sah insbesondere im Ansehensverlust bei den „Autoritäten der herrschenden Gewalten, sowohl im Hochschulbereich, wie im Bereich der Politik“ ein wichtiges Ergebnis:

„Schlotternde Bildungsbürger, die zwischen angstvollem Mitspiel und ohnmächtiger Gegnerschaft schwankten, das war das Bild, das die Mehrheit der deutschen Hochschulprofessoren bot. Ausgezeichnet! Vor diesen Figuren braucht niemand mehr Respekt, geschweige Angst zu haben. Sie sind entlarvt als Spießler, deren einzige ‚Tat‘ der Schrei nach der Staatsmacht war.“

17 Vgl. DN Nr. 24/1970 vom 12.06.1970.

18 Vgl. DN Nr. 46/1967 vom 17.11.1967; DN Nr. 48/1967 vom 01.12.1967; NZ Nr. 48/1967 vom 24.11.1967; DN Nr. 43/1968 vom 25.10.1968 sowie DN Nr. 45/1970 vom 06.11.1970.

Aber für den zukünftigen Erfolg der Bewegung legte Strasser den Protestierenden den Nationalismus nahe, mit dem insbesondere Bauern und Rentner „für einen Sozialismus [gewonnen werden sollten], der jedem Deutschen gleiche Startmöglichkeiten gibt und der keine in- und ausländische Geldherrschaft duldet“.

In der Lagebeurteilung war die extreme Rechte freilich ambivalent; einerseits sah man sich selbst – zumindest bis zum Scheitern der NPD bei den Bundestagswahlen im September 1969 – auf dem Weg zu steigendem gesellschaftlichen Einfluss, andererseits beklagte man eine weitreichende gesellschaftliche Bewegung nach links. Zahlreiche studentische Hochschulgruppen zählte der DSA zu jener „winzige[n], doch zielbewusste[n] Clique linker Radikalinskis“, die an der FU Berlin „auf dem Boden eines ‚schwammigen‘ Marxismus [agiere], den die Revoluzzer mit anarchistischen, ultrapazifistischen und titoistischen Gedanken vermengen.“ Das Resultat sei „eine Doktrin radikaler Zersetzung. Hinweg mit Vaterland, Volk, Familie, Nation, Religion, Gemeinschaft und allem ‚reaktionären‘ Plunder!“ (Zippendorf 1965).

Gegenüber den FDP- und CDU-nahen Studierendenorganisationen formulierte die extreme Rechte deutliche Skepsis; mit Blick auf die FDP wurde nicht nur die Erwartung geäußert, die Partei möge auf dem nationalliberalen Kurs Erich Mendes bleiben, sondern auch gefordert, sie solle sich vom LSD trennen (vgl. Bieringer 1961). Beim Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) beobachtete man misstrauisch die Mitgliedschaft einiger ihrer Mitglieder in führenden VDS-Positionen und befürchtete ein Nachlassen antikommunistischen Agierens (vgl. Gerhard 1969).

Besonders beklagte die extreme Rechte jedoch, dass ein großer Teil der Lehrenden und Studierenden sich der Auseinandersetzung enthielt:

„Die größte Gefahr für Geist und Idee der Freien Universität in Berlin bilden tatsächlich die Lauen und Passiven, die Apolitischen und Nur-Wissenschaftler, die Feigen und Dulder, bilden alle ‚Vernünftigen‘ und ‚Stillen‘ – und ihre Zahl geht in die Tausende! – [...] Heraus aus den Schweigeecken [...], der rote Sumpf an der FU muß endlich trockengelegt werden.“ (Zippendorf 1965; auch Tannert 1968b)

Dabei hatte man nicht nur SDS und die entstehenden sozialistischen und kommunistischen Gruppen im Visier, die man als „Gruppe von Außenseitern, Psychopathen und asozialen Elementen am Rande der Kriminalität“ zu pathologisieren bemüht war¹⁹, sondern auch eine erhebliche Zahl von Hochschullehrern und Politikern, denen vorgeworfen wurde, „ihre destruktiven Tendenzen ‚wissenschaftlich‘ zu tarnen“ (P.L. 1967) bzw. mit ihrer „rote[n] Biedermannsgesinnung [...] die schützende Hand über die Stimmungsmacher für Baader-Meinhof“ (o.V. 1972) gehalten zu haben.

Als Alternative zu den linken Hochschulgruppierungen protegierte der DSA die Korporationen, auch wenn man dort gelegentlich ebenfalls linke Tendenzen zu bemerken glaubte. Insgesamt wurde das Korporations- und Waffenstudententum jedoch als Gegenpol zum „jazz-, sex- und reklameverzehrenden Narrenhaufen“ (Kleist 1964b) angesehen, in den sich große Teile nicht nur der studentischen Gesellschaft nach Ansicht der extremen Rechten verwandelt hatten. Darüber hinaus gab es den Versuch, mit dem NHB eine politisch handlungsfähige (Kader-)Struktur zu schaffen (vgl. Leidig 1970), deren Zeitschrift NHB-Report zwar nicht zur Massenverteilung vorgesehen war, aber zur gezielten Ansprache neuer Interessenten sowie als Mitteilungsorgan und Schulungsblatt für die einzelnen NHB-Gruppen

19 Vgl. auch „[...] zog ein aus mehreren Tausend zweibeiniger Wesen bestehender Zug dahin, dessen Typen jedem begabten Karikaturisten, aber auch jedem verantwortungsbewußten Psychiater auf viele Jahre hinweg genügend Stoff zum Thema ‚Politisches Narren- und Pathologentum‘ liefern könnte“ (o.V. 1967).

taugen sollte. Gelegentlich brüstete man sich damit, von protestierenden Studierenden besetzte Räumlichkeiten geräumt zu haben; im militärischen Jargon der NS-Bandenbekämpfung hieß es: „[...] befreite eine Gruppe von Studenten unter Führung des NHB ‚im Handstreich‘ das ebenfalls besetzte Ostasiatische Seminar. Das Haus wurde kurzfristig von der überraschten Besatzung gesäubert“ (o.V. 1968).

Die an der FU Berlin 1969 gegründete Notgemeinschaft wurde ebenso wie der Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW) (vgl. Koischwitz 2016; Wehrs 2010, 2014), dessen Berliner Dependence die Notgemeinschaft später wurde, von der extremen Rechten begrüßt (vgl. Jäde 1970), da damit die „marxistischen Horden an den Universitäten [...] zum erstenmal wirksam ‚verunsichert‘“²⁰ würden; in der historischen Rückschau konkretisiert ein rechtskonservativer Autor die entsprechenden Maßnahmen dieser „Widerstandsnester“:

„Die Notgemeinschaft für eine freie Universität stellte für die Öffentlichkeit Zeitungsberichte und Aussagen von Betroffenen über die linksradikalen Umtriebe zusammen, sie verteilte sogar entsprechendes Aufklärungsmaterial vor Fabriken und in U-Bahn-Höfen, sie schaltete Zeitungsanzeigen und nutzte Litfaßsäulen. [...] Die Notgemeinschaft veröffentlichte zwischen 1974 und 1980 die Namen derjenigen Studenten, die bei Studentenparlamentswahlen auf den Listen der sog. Aktionsgemeinschaften für Demokratie und Sozialismus kandidierten. [...] Mit anderen Worten: In einer Auflage von 11000 Stück gingen derartige Listen an die großen Firmen.“ (Winkler 2008: 59/60).

Vergleichbare Möglichkeiten der Diskreditierung von Individuen hatte die zeitgenössische extreme Rechte nicht.

Im Verlauf der ersten Hälfte der 1970er-Jahre wandelte sich das politische Klima an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland bereits. Gegenüber der mobilisierenden Integration vielfältiger, in der Beurteilung zahlreicher gesellschaftlicher Entwicklungen noch nach Antworten suchender Strömungen setzten sich zunehmend dogmatisch auftretende, eindeutige Gewissheiten verkündende und gegeneinander polemisierende linke Organisationen – insbesondere in Gestalt der K-Gruppen – durch. Auch unterschiedliche Bewertungen hinsichtlich des Ob und Wie von politischer Organisation und der Anwendung von Gewalt wirkten desintegrierend.

Für die extreme Rechte zeigte sich diese Veränderung der Situation u. a. an den zunehmenden Stimmen nach einem schärferen universitären Ordnungsrecht²¹, einer Forderung, die die NPD bereits im Rahmen ihres außerordentlichen Bundesparteitages am 22. Februar 1969 in Bayreuth aufgestellt hatte. In der National-Zeitung wurden der Rektor der Universität Heidelberg Prof. Hubert Niederländer und die Prorektoren Prof. Klaus Ebert und Prof. Hans-Joachim Zimmermann gelobt, da sie konsequent mit rechtlichen Mitteln gegen Verstöße vorgehen würden (vgl. Dahl 1973). Weitgehend als Wunschdenken erwies sich jedoch die Annahme, die extreme Rechte könne nun, da die Linke mit ihren Provokationen abgenutzt sei, ihrerseits unter den Studierenden vermehrt Aufmerksamkeit erringen (vgl. Schnell 1973) und biete mit einem ‚realistischen Menschenbild‘ – so die euphemistische Begrifflichkeit für ein biologistisches Verständnis von der Ungleichheit der Menschen – ein für die Jugend attraktives Weltbild (Hueber 1973).

20 Vgl. NZ Nr. 29/1972 vom 21. Juli 1972, S. 10.

21 Vgl. DSA Nr. 63 vom 2. Quartal 1974; DSA Nr. 71/72 vom 2./3. Quartal 1976; DSA Nr. 73 vom 4. Quartal 1976.

‚1968‘ als Transmissionsriemen der ‚US-amerikanischen Re-Education‘

Referenzen auf die ‚68er‘ finden sich in Publikationen der extremen Rechten vielfach – sei es als knappe Erwähnung in Beiträgen zur Bildungspolitik oder zu Geschlechterfragen, sei es als Notiz mit stark biografischen Bezügen, sei es im Rahmen einer systematischen Auseinandersetzung und Bewertung. Wiederholt wurden auch entsprechende Tagungen abgehalten: So führte die Burschenschaft Danubia in München Anfang Dezember 1998 ihre 16. Bogenhausener Gespräche unter dem Titel „30 Jahre nach 1968 – Wege, das geistige Vakuum in Deutschland zu überwinden“ durch; im Jahr 2007 fand in Wien ein Symposium des der Freiheitlichen Partei Österreich verbundenen Freiheitlichen Bildungsinstituts zur Frankfurter Schule statt, und im thüringischen Suhl führte die Gesellschaft für freie Publizistik 2008 ihren „Deutschen Kongress“ zum Thema „1968 – Vierzig Jahre Volkszerstörung“ durch.

Bei diesen Wortmeldungen lassen sich zwei Linien der Deutung unterscheiden. Eine sieht in ‚1968‘ den Vorläufer einer national(revolutionär)en Bewegung, deren Aufmerksamkeit für die ‚nationale Frage‘ jedoch bisher weitgehend verkannt worden sei; die andere macht die Protagonist*innen der Studierendenbewegung und der APO, insbesondere jedoch die Protagonisten der Frankfurter Schule, monokausal für alle Folgeerscheinungen der Spät- und Postmoderne verantwortlich. Für letztgenannte Strömung sind insbesondere die Arbeiten von Rolf Kosiek maßgeblicher Orientierungspunkt, der in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre als NPD-Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg auch zur Situation an den Hochschulen Stellung bezog. Von ihm stammt eine der umfassendsten Polemiken gegen die Frankfurter Schule, die inzwischen zahlreiche Auflagen erreicht hat (vgl. Kosiek 2001). Relevante Bezugspunkte sind auch die Veröffentlichungen von Karlheinz Weißmann (2017) sowie des Instituts für Staatspolitik (2008).

Die Thematisierung des Nachwirkens der ‚68er‘ ruft systematisch die Frankfurter Schule auf, die als Ort kritischer Gesellschaftstheorie 1923 an der Universität in Frankfurt/Main gegründet worden war. Für große Teile der extremen Rechten ist ‚1968‘ als historische Verdichtung aufs Engste mit der Frankfurter Schule verbunden, deren Wirken unisono als ‚anti-deutsch‘ bezeichnet wird. Ihre Vertreter hätten „aus ihrem marxistischen (Un-)Geist neben der Auflösung und zur Abschaffung der Grundgemeinschaften wie Familie und Volk auch die Zerstörung aller deutschen geistigen Traditionen“ betrieben, um „die Deutschen von ihrer angeblich autoritären und aggressiven Gesinnung zu befreien und sie zu ‚demokratisieren‘“ (Kosiek 2005). Bei diesem Unterfangen sei die Frankfurter Schule sehr erfolgreich gewesen, was sich in der „Zerstörung der Familie“, der „Gleichstellung der homosexuellen Partnerschaften“ (ebd.) und in jüngster Zeit im ‚Gender Mainstreaming‘ (vgl. Schwab 2008: 14) zeige.

In einer Entschließung der extrem rechten Gesellschaft für freie Publizistik hieß es u. a., die „sogenannten 68er hätten als geistige Zöglinge der ‚Frankfurter Schule‘ und deren neo-marxistischer ‚Kritischer Theorie‘ die geistigen Grundlagen des deutschen Nationalstaats erschüttert“ und „auf ihrem ‚Marsch durch die Institutionen‘ eine kulturrevolutionäre Gesellschaftsveränderung bewirkt“, die sich u. a. durch einen „bindungslose[n] Individualismus“, der „das für jeden Staat unabdingbare Gemeinschaftsbewußtsein“ überwuchere, durch die Preisgabe „nationale[r] Rechtsansprüche“ bzw. die Befürwortung „völkerrechtswidrige[r] Grenzziehungen“ sowie durch die „Überfremdung Deutschlands“ (GfP 2008) auszeichne. Auch die im Zusammenhang mit den PISA-Studien kontrovers diskutierte Situation des Bildungssystems in der Bundesrepublik Deutschland wurde entsprechend interpretiert: Der

behauptete Niedergang des Bildungssystems in Deutschland wurde unter expliziter Nennung der Frankfurter Schule als Ergebnis „einer aus den USA importierten Afterphilosophie“ (Richter 2002: 23) gedeutet. An anderer Stelle hieß es:

„Unverzichtbare Tugenden wie Leistungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein, Disziplin, Einordnungsvermögen in größere Ordnungen wurden zugunsten eines schrankenlosen Individualismus und materialistischen Egoismus abgewertet, der nur noch Ansprüche kennt. Jürgen Habermas, als Nachfolger Horkheimers Kopf der Frankfurter Schule und geistiger Stichwortgeber der 68er Aufrührer, wurde zum zeitweise meistzitierten Autor der pädagogischen Wissenschaft und Meinungsgeber einer Generation von Lehrern. Daß dieser Verderber der Jugend und Zerstörer der Bildung viele öffentliche Preise und Ehrungen, auch aus CDU-Hand, bekam, ist für unsere Zeit bezeichnend.“ (F.F. 2003)

Dabei konstruieren Autoren der extremen Rechten einen direkten Zusammenhang, denn „die Politiker der derzeitigen Großen Koalition [setzen] exakt das um, was Horkheimer, Adorno und Marcuse vor Jahrzehnten forderten und erstrebten: die Zerstörung der bürgerlichen Familie“ (kr 2008: 76). Selbst hinsichtlich der Migrations- und Asylpolitik, die bei einigen Zugeständnissen an die Realität einer Einwanderungsgesellschaft zahlreiche Instrumente der Abwehr und Kriminalisierung von Migrant*innen, insbesondere Asylsuchenden, aufzuweisen hat, bezichtigt die extreme Rechte die Frankfurter Schule der Verantwortung für ein „aufgeweichte[s] Staatsbürgerrecht“, welches „der Entvolkung Deutschlands und der Auflösung seiner Volksgemeinschaft“ (Kosiek 2005) diene.

Der von der extremen Rechten behauptete durchgreifende Erfolg der Frankfurter Schule sei nur im Kontext der spezifischen Nachkriegssituation zu verstehen, in der die Alliierten unter dem Einfluss des American Jewish Congress bezüglich der Deutschen auf deren „mentale Entkernung, auf die Änderung ihres kollektiven Charakters“ (Richter 2008: 61) gezielt hätten und aus diesem Grunde zahlreiche Lehrstühle bevorzugt mit der ‚Re-education‘ verpflichteten Remigranten besetzt worden seien (vgl. Kosiek 2005). So sei die Zäsur ‚1968‘ „nichts anderes als eine Folge- und Fernwirkung der amerikanischen Psycho-Politik“ aus den „Theorielabors der alliierten Umerziehungs-Offiziere“ (Richter 2008: 63 bzw. 64).

Die extreme Rechte stößt sich grundsätzlich an der Setzung der Bundesrepublik als demokratische Antithese zum sogenannten Dritten Reich. Wenn die extreme Rechte mit erstgenannter die ‚Zerstörung aller Werte‘ verbindet und vom ‚jämmerliche[n] Charakter-Bodensatz aus Egoismus, Bindungsunfähigkeit und Hedonismus“ (Richter 2008: 65) spricht, den die Frankfurter Schule und ‚die 68er‘ verursacht hätten, so verweist dies nicht nur auf eine maßlos überschätzte gesellschaftliche Reichweite dieser Akteur*innen, sondern auch auf die extrem rechte politische Rationalität und Weltanschauung der Kritiker*innen. In deren manichäischem Weltbild gilt die Übernahme von Ministerämtern durch ehemalige Aktivist*innen der Studierendenbewegung bzw. von ‚1968‘ als Ausweis eines erfolgreichen Marsches durch die Institutionen, obwohl kaum zu übersehen ist, dass – gemessen an den ursprünglich vertretenen politischen Positionen – die Institutionen diese Akteur*innen mehr verändert haben als diese die Institutionen und damit die politische Kultur und Gesellschaft der Bundesrepublik.²² Dass bei der Denunziation von ‚1968‘ und der Frankfurter Schule zudem ein antisemitischer Unterstrom relevant ist, lässt sich etwa an der Verwendung einschlägiger Semantiken und Chiffren (z. B. ‚zersetzend‘; vgl. Schmitz-Berning 2000: 698ff.) und dem häufigen und expliziten Verweis auf die jüdische Abkunft einiger Exponenten der Frankfurter Schule nachvollziehen (kr 2003).

22 Vereinzelt finden sich entsprechende Wertungen, die in den letzten Jahren Regierungsverantwortung tragenden Alt-68er würden nicht mehr für eine revolutionäre Veränderung, sondern für ein sozialstaatliches Wohlstandsmodell eintreten (vgl. Schwab 2008) oder hätten ihre „Ziele, für die sie einst auf die Straße gegangen waren – etwa Grund- und Menschenrechte oder Weltfrieden – [...] mit Füßen“ getreten (NPD Bayern 2009: 4 f.).

Hinter der bereits von der zeitgenössischen extremen Rechten verbreiteten Invektive, die Vertreter der Frankfurter Schule seien für das Gewalthandeln eines Teils der Studierendenbewegung sowie der RAF verantwortlich (Kosiek 2005) – tatsächlich standen Horkheimer und Adorno den studentischen Aktivitäten spätestens seit 1968 befremdet gegenüber –, verschwindet die Hetze der extremen Rechten gegen Exponenten der ‚68er‘ und die Aufrufe zur ‚Selbsthilfe‘: „Das deutsche Volk wird sich auf die Dauer nicht von einigen hundert Gammlern und Kommunisten tyrannisieren lassen. Wenn die Staatsführung das Volk nicht schützt, wird das Volk sich selbst schützen“ (Frey 1968), formulierte beispielsweise der Herausgeber der National-Zeitung.²³ Zugleich lassen sich Beispiele für den Versuch der extremen Rechten finden, die APO und ‚1968‘ mit dem deutschen Faschismus in enge Verbindung zu bringen bzw. gleichzusetzen. So hätten etliche der Leitfiguren der Bewegung bzw. aus ihr hervorgegangener Gruppen im Nationalsozialismus mitgemacht, Gudrun Ensslin bei Walter Jens und Ulrike Meinhof bei Renate Riemeck studiert (Poling 2008). Das langjährige Leitorgan der sogenannten Neuen Rechten, die Wochenzeitung Junge Freiheit, setzte in einem Aufmacher mit der Schlagzeile „Zweierlei Machtergreifung“ die ‚68er‘ mit den ‚33ern‘ gleich und zeigte als Titelillustration demonstrierende Studierende und marschierende SA-Mitglieder (vgl. Neujahr 2008).

‚1968‘ als ‚verkannte Nationalbewegung‘

Gilt die scharfe Kritik aus der extremen Rechten an Frankfurter Schule und ‚1968‘ im Grundsatz jeder – häufig amerikanisch chiffrierten – Liberalisierung der Bundesrepublik nach 1945 (Harwardt 2019: 191–214), die mit völkischen Vorstellungen bricht, so findet sich zugleich eine zweite, wenn auch minoritäre Linie der erinnerungspolitischen Deutung der ‚68er‘ durch Protagonisten der extremen Rechten. Diese ist maßgeblich durch Akteure bestimmt, die aufgrund ihrer meist herausgehobenen Rolle in der Studierendenbewegung bzw. APO eine erhebliche Deutungsautorität beanspruchen, inzwischen jedoch im politischen Spektrum der extremen Rechten aktiv geworden sind: Hier sind beispielhaft Horst Mahler, Bernd Rabehl, Günter Maschke (1997) und Reinhold Oberlercher zu nennen. Ob sie Renegaten oder Konvertiten sind oder ob die Kontinuitäten ihres Denkens überwogen und sie daher mit einer gewissen Plausibilität von sich behaupten können, sich ‚treu‘ geblieben zu sein, lässt sich sicherlich nicht generalisieren, kann und soll hier aber auch nicht entschieden werden (vgl. Erb/Klämer 2005; Botsch/Kopke/Treß 2009; Michael 2009; Seitenbecher 2013; Fischer 2015).

Ihnen ist jedoch bei allen Unterschieden gemeinsam, dass sie die heterogene 1968er-Bewegung vor allem als verkannte Nationalbewegung betrachten. Insbesondere Bernd Rabehl, einstiger SDS-Aktivist und Mitstreiter Rudi Dutschkes und zuletzt Parteigänger der extremen Rechten in der Bundesrepublik²⁴ und entsprechend auch aus diesem politischen Spektrum gewürdigt (kh 2000; mü 2005), versucht letztgenannten als Kronzeugen für diese

23 Mit ähnlichem Tenor auch Schwab 1968. Der extrem rechte Republikanische Studentenbund Deutschland (RSD) rief ebenfalls zur ‚Selbsthilfe‘ auf (vgl. NZ 6/1968 vom 09.02.1968).

24 Rabehl referierte wiederholt bei Organisationen der extremen Rechten (u.a. NPD) und schrieb wiederholt in deren Publikationen (Rabehl 1998; 2005; 2007a, b; 2008a, b), wo er sich antisemitisch äußerte (2008c) und die Reichsidee propagierte (2009a). Im Jahr 2009 war er zeitweise als gemeinsamer Kandidat von NPD und DVU für das Amt des Bundespräsidenten vorgesehen und trat für die Stärkung dessen Stellung gegenüber den Parteien ein (2009b).

Behauptung zu plausibilisieren (Rabehl 2002). Rabehl, der bereits Ende der 1990er-Jahre von einer Linie nationalrevolutionären Denkens im antiautoritären Lager der Radikalopposition in den 1960er- und 1970er-Jahren sprach (Rabehl 1998), schreibt dem als „Freiheitsdenker“ apostrophierten Dutschke zu, „gleichzeitig gegen die russischen, nordamerikanischen und französisch-englischen Varianten von ‚Befreiung‘ und ‚Okkupation‘ in den beiden Deutschlands“ (Rabehl 2002: 7) Stellung bezogen zu haben. Für Rabehl sei Dutschke einem nicht-romantischen und nicht-völkischen Verständnis von Nationalismus gefolgt (vgl. Rabehl 2007a: 37), der Bezug auf die ‚Nation‘ habe „subversive Zielsetzungen“ gehabt, er „sollte den Kolonialstatus der unterdrückten europäischen Nationen in Verbindung bringen mit dem Freiheitskampf der Kolonialvölker, die gerade dabei waren, Kolonialmacht und Kulturimperialismus abzustreifen“ (Rabehl 2002: 9; 2006: 117). Hätte diese politische Rationalität und Programmatik den von Rabehl behaupteten Stellenwert – auch in seinen eigenen Schriften (vgl. z.B. Rabehl 1968, 1972) – gehabt, dann wäre es naheliegend gewesen, dass andere nationalrevolutionäre Gruppen jener Zeit entsprechend aufmerksam geworden wären und nach Möglichkeiten der Kooperation gesucht – sich jedoch zumindest mit diesem Phänomen befasst hätten. Die ebenfalls in Berlin ansässige Gruppe außerparlamentarische mitarbeit (apm), die in ihren Publikationen ähnliche Thesen vortrug, trat jedoch offensiv für die „Zerschlagung der Apo auf der Straße und in den Institutionen“ ein. Zwar war Dutschkes Thematisierung der ‚nationalen Frage‘ schon früh auch von einzelnen Autoren der extremen Rechten thematisiert worden (Müller 1981), Zentralität in seinem politischen Denken besaß sie jedoch während seiner Zeit als SDS- und APO-Aktivist nicht. Dies lässt sich auch nicht für eine relevante Strömung innerhalb des SDS oder der APO behaupten (vgl. Stangel 2013). Gleichwohl versuchten Vertreter der NPD, Dutschke als ‚deutschen Revolutionär‘ zu vereinnahmen (Babic 2015). Die Neonazis vom III. Weg (2019) listen zwar den Mordversuch an Dutschke auf („Attentat eines Patrioten“), setzen Dutschke zugleich jedoch in eine Reihe mit Rabehl, Maschke und Oberlercher, die alle den Weg „in unsere Reihen“ gefunden hätten.

Im Anschluss an Rabehl legten 1999 drei ehemalige SDS-Aktivist*innen – Horst Mahler²⁵, Günter Maschke²⁶ und Reinhold Oberlercher²⁷ – eine sogenannte „Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968“ vor (Mahler et al. 1999). Auch darin wurde ‚1968‘ zu einem anti-

25 Horst Mahler (*1936) war kurzzeitig RAF-Mitglied und während des Gefängnisaufenthalts zeitweise Mitglied einer K-Gruppe; er engagierte sich seit Ende der 1990er-Jahre in verschiedenen extrem rechten Organisationskontexten gegen die angebliche „Überfremdungsproblematik“ (Mahler 1999a), zugunsten der NPD und zuletzt als Holocaustleugner.

26 Günter Maschke (*1943) war ab Mitte der 1950er-Jahre in der illegalen KPD aktiv, von wo er den Weg zur situationistischen Subversiven Aktion fand. Nach einem Aufenthalt auf Kuba 1968/69 warnte Maschke vor einer „mechanistischen Rezeption obsoletter, historisch gescheiterter Organisations- und Revolutionsmodelle“ (Maschke 1971: 93) und beteiligte sich an der innerlinken Debatte um den Charakter der ‚realsozialistischen Staaten‘. Er trat als scharfer Kritiker der gesellschaftlichen Realität und der politischen Akteure Kubas auf, sprach von einer „Hunger-Angst-Desorganisation-Terror-Lüge“ (Maschke 1972: 129), beklagte die Verfolgung von Homosexuellen (S. 145) und verglich die Selbstinszenierung Castros mit der Mussolinis (S. 139/140). Im Zuge seiner antirevolutionären Wende arbeitete er als Feuilletonredakteur bei der FAZ und wandte sich den Arbeiten des Gegners der liberalen Demokratie, Carl Schmitt, zu. Er denunzierte die Demokratie als totalitär und demokratische Werte als „Kannibalenhumanität und Zigeunerliberalismus“ (2003). Das Grundgesetz gilt ihm als ein „Bündel Papier“ (2001).

27 Reinhold Oberlercher (*1943) war im SDS aktiv, versteht sich heute jedoch als ‚Nationalmarxist‘, der seit Ende der 1980er in der extremen Rechten aktiv ist. 1993 veröffentlichte er ein sogenanntes „Hundert-Tage Programm der nationalen Notstandsregierung“, das als konkrete Maßnahmen einer an die Macht gekommenen ‚nationalen Regierung‘ u.a. ein „Einstellungsverbot für ausländische und volksfremde Arbeitskräfte“, die „standrechtliche Erschießung von Rauschgiftbesitzern“, das „Verbot der Ideologie der Menschlichkeit“, das „Verbot des Pazifismus“ und die „Wiedereinsetzung des Deutschen Reiches“ vorschlug.

amerikanischen, befreiungsnationalistisch orientierten „deutschen Aufstand gegen die Besatzungsmacht“ umgedeutet. So hieß es u. a. in deutlicher Absetzung von der Hauptlinie der Deutung von ‚1968‘ durch die extreme Rechte:

„Die 68er-Bewegung steht nicht für die Amerikanisierung der Welt, nicht für die Zerstörung der Völker und der Familien durch Kommerzialisierung von allem und jedem, nicht für die Ausbreitung von Jobmentalität, schlechter Musik, Pornographie, Rauschgift, Kapital, Verbrechen und Kapitalverbrechen – sie steht für das Gegenteil.“

Der explizite Bezug auf einen nationalrevolutionären Impetus wird verbunden mit der Parteinahme für politische Gewalt:

„Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) spielte eine der Jenenser Urburschenschaft vergleichbare Rolle als nationalrevolutionärer Initiator. Der zu Beginn der 70er Jahre sich bildende Waffen-SDS (Rote Armee-Fraktion) setzte die Tradition eines Karl Sand, eines Major von Schill und eines ernsthaften Waffenstudententums fort. In der tragischen Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer traf der Waffen-SDS einen SS-Mann, der die Position der nationalrevolutionären Volksgemeinschaft zugunsten derjenigen des Anführers eines Klassenkampfverbandes verraten hatte.“

In der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit wurde dieses Papier denn auch in den Zusammenhang „mit der jüngsten Wandlung von Alt-68ern [gestellt], die der Studentenrevolte einen nationalrevolutionären Charakter zuschreiben und eine multikulturelle Gesellschaft ablehnen“ (Gerigk 1999).

Auch wenn in SDS und APO angesichts der Empörung über den Vietnamkrieg mit überspitzten und historisch falschen Analogien gearbeitet wurde (z.B. USA – SA/SS), so macht dies bei Weitem keine nationalrevolutionäre Bewegung aus. Der Protest richtete sich u. a. gegen autoritäre Erziehungspraktiken und Ausbildungsinstitutionen sowie gegen Einstellungen der älteren Generation, die sich dem Faschismus nicht nur nicht widersetzt, sondern auch in mancher Hinsicht partizipiert hatte und sich einer kritischen Aufarbeitung weitgehend verweigert hatte. Diese Bewegung auf ein nationalrevolutionäres Profil zwingen zu wollen, leugnet den demokratisierenden Gehalt des zeitgenössischen Geschehens (Reinecke 2009).

Fazit

Wie es in Adornos „Soziologie als Aufklärungswissenschaft“ (Müller-Dohm 2000: 11) vor allem um den grundlegenden Widerspruch „zwischen der Übermacht des gesellschaftlichen Ganzen als erstarrte, widerständige Objektivität und der zur Unselbständigkeit und Unmündigkeit verurteilten Subjekte trotz der von der Aufklärungsphilosophie postulierten Ideen von Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit“ (ebd.: 19) ging, so verwiesen auch die studentischen Proteste auf die Differenz zwischen demokratischen Ansprüchen und autoritärer Realität der bundesdeutschen Gesellschaft. Im Bereich der extremen Rechten artikulierten verschiedene Gruppen und Publikationsorgane ihre Sichtweise auf die Ereignisse in zeitgenössischer und wirkungsgeschichtlicher Perspektive. Dabei dominierte eine verschwörungserzählende Interpretation, die mit einem Fokus auf die (Rezeption der) Frankfurter Schule den Bedeutungsverlust völkischer Gemeinschaftsmodelle, organizistischer Staatskonzepte und biologistischer Rollenzuweisungen beklagt; hinter solchen Drahtzieher-Thesen verschwinden die gesellschaftlichen Gründe für die Proteste der Studierenden und der APO, darunter insbesondere die Diktatur des Schahs und seine Hofierung in der bundesdeutschen Politik (vgl. Michels 2017),

antiquierte Hochschulstrukturen, das Apartheid-Regime in Südafrika sowie die Beherrschung des Tageszeitungsmarktes durch den Springer-Konzern (vgl. Jung 2016; Winkler 2009).

Aktuelle Anlässe, wie etwa das Bekanntwerden der SED-Mitgliedschaft und der Stasi-Tätigkeit von Karl-Heinz Kurras, werden in rechten Publikationen als Bestätigung für die These einer weitreichenden Unterwanderung der westdeutschen Gesellschaft und Politik durch die östlichen Geheimdienste angesehen; auch habe es im Interesse der DDR-Führung gelegen, die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik zuzuspitzen (vgl. Warncke 2017; Weissmann 2009a). Zwar warnt der JF-Autor Hinz (2009) davor, „die 68er-Bewegung auf eine Stasi-Simulation oder -Provokation zu reduzieren“, da sie Teil einer „Reihe von Generationsrevolten“ gewesen sei, wie sie auch in anderen Ländern stattgefunden hätten. Allerdings komme es entsprechend der Spezifik der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (Frankfurter Schule) darauf an, der Liberalisierung und Egalitarisierung entgegenzutreten: „Hauptziel eines Gegen-68 müßte es sein, das Gefängnis zu schleifen“ (Hinz 2009).

Angesichts des in ‚1968‘ symbolisierten Aktes „beispielloser Substanzvernichtung und Schwächung all dessen, was noch vor der Dekadenz bewahrte: Stärke der Institutionen und Strenge der Justiz, Verteidigung der Hochkultur und Sorgfalt der Erziehung, Leistungsgedanke und Mißtrauen gegenüber der Utopie“ (Weissmann 2009b), müsse es um mehr gehen als um die Aufklärung eines historischen Details, nämlich um eine umfassende Geschichtsrevision aus extrem rechter Weltansicht bzgl. der Deutungen

„zur deutschen Geschichte, der Bundesrepublik und der DDR, Verlauf und Bedeutung des Zweiten Weltkriegs, die Einflüsse der Alliierten und die Bedingungen, unter denen man deutsche Politik in der Obhut der Sieger machen mußte, weiter um den alltäglichen Antifaschismus und den Einfluß, den die ‚Partei der DDR‘ (Volker Zastrow) auf die Deutung historischer wie aktueller Fragen nimmt“ (Weissmann 2009a).

Die extreme Rechte hat die trotz aller Wirrungen und Fehlentwicklungen insgesamt doch demokratisierende Wirkung von ‚1968‘ nicht verhindern können; sie hat auch von zeitgenössischer Unzufriedenheit und Unbehagen gegenüber den gesellschaftlichen Veränderungen, deren Berechtigung sie in gewisser Weise anerkannte (Tannert 1968a: 8), politisch nicht dauerhaft profitiert. Wie in Italien und Frankreich (Bale 2002; Bar-On 2007: 57ff.) zeigte sie sich auch in der Bundesrepublik Deutschland „obsessed by the hegemony of the left and Marxism over popular and youth culture“ (Mammone 2008: 214), aber anders als insbesondere in Italien (vgl. Kirchner 2015) gab es keine Beteiligung von extrem rechten Studierendengruppen an Institutsbesetzungen (vgl. Mammone 2008); in Deutschland trat die extreme Rechte vielmehr eindeutig als ‚Hüterin von Recht und Ordnung‘ auf.

Vor diesem Hintergrund dienen Stellungnahmen zu ‚1968‘ der extremen Rechten heute insbesondere dazu, ein Programm gesellschaftlicher Reaktion zu formulieren, welches sich an völkisch-nationalistischen und biologistischen Gesellschaftsvorstellungen orientiert (vgl. Molau 2008) und die aus „Amerika herübergeschwappte Unkultur [...] entlarven“ und „ihre gefährlichen Auswirkungen auf das Volksganze [...] beschränken“ (Kosiek 2005) möchte. Solche Topoi sind freilich Teil des Feindbildes ‚cultural marxism‘, das in der populistischen und extremen Rechten international breit geteilt wird (Mirrlees 2018; Braune 2019) und auch Anders Bering Breivik als eine Rechtfertigung seiner Attentate diente.

Quellen

- Anrich, Ernst (1967). Die Demokratie am Scheideweg. Deutsche Nachrichten, 32/1967 vom 11.08.1967.
- Babic, Safet (2015). Ein deutscher Revolutionär. Deutsche Stimme, 5/2015, S. 17.
- Bayer, Karl Ludwig (1969). Roter Terror – Folge der Umerziehung. Deutsche Nachrichten, 33/1969 vom 15.08.1969.
- Bieringer, O. (1961). National und liberal. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 3 vom November 1961.
- Braun, Johannes (2018). 1968 – Eine Bilanz. Kaplaken 56. Schnellroda: Antaios.
- Caprivi, Friedrich Joachim (1969). Jugend will gefordert sein. Nation Europa, 1/1969, S. 3–8.
- Dahl, Regina (1973). Wer schützt unsere Professoren und Studierenden vor dem roten Terror? National-Zeitung, 9/1973 vom 23.02.1973, S. 8.
- Degen, F. (1965). Die Lumumba-Gedächtnis-Marschierer. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 24 vom Sommersemester 1965, 1. Ausgabe.
- Dehoust, Peter (1966). Die Position einer Kritikerin. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 32 vom Wintersemester 1966/67, 1. Ausgabe.
- Der III. Weg (2019). Zum 40. Todestag: Rudi Dutschke wäre heute einer von uns! Zugriff am 15. Juni 2021 unter <https://der-dritte-weg.info/2019/zum-40-todestag-rudi-dutschke-waere-heute-einer-von-uns>.
- Ebert, Hans (1965). Zerbricht der VDS? Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 24 vom Sommersemester 1965, 1. Ausgabe.
- Ehlers, Hans (1968). Abschied vom VDS. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 41 vom November 1968.
- Emrich, Helmut (1968). Sekte der Scheinheiligkeit. Deutscher Studenten-Anzeiger Nr. 38, vom Februar 1968.
- erst- (1967a). Exodus? Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 34 vom Sommersemester 1967, 1. Ausgabe.
- erst- (1967b). Sieg der Provokation? Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 35 vom Sommersemester 1967, 2. Ausgabe.
- Farrenpointner, Walter H. (1975). Von Anbeginn ungleich. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 68/69 vom 4. Quartal 1975.
- F.F. (2003). Frankfurter Schule als Ursache des Bildungsnotstandes. Das Freie Forum, 3/2002: 7–9.
- Frey, Gerhard (1968). Brecht Dutschkes Terror. National-Zeitung, Nr. 7/1968 vom 16.02.1968.
- Frey, Peter (1961). Verrat...? Studenten heraus! Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 3 vom November 1961.
- FU-Projektgruppe DKP und Bernd Rabehl (1969). DKP – eine neue sozialdemokratische Partei. Berlin: Oberbaumpresse.
- Gerhard, Rüdiger (1969). Christliche Salon-Linke im Vormarsch. Deutsche Nachrichten, Nr. 44/1969 vom 31.10.1969.
- Gerigk, Karl P. (1999). Ihr verpestet die Luft. Junge Freiheit, Nr. 8/1999 vom 19.02.1999.
- GfP – Gesellschaft für freie Publizistik/Jahreshauptversammlung (2008). „40 Jahre Volkszerstörung – Das unheilvolle Erbe der 68er“. Das Freie Forum, 2/2008: 5.
- Härtle, Heinrich (1969). Das Ende Adornos. Deutsche Nachrichten, Nr. 34/1969 vom 22.08.1969.
- Hinz, Thorsten (2009). Schluß mit der Heuchelei. Junge Freiheit, Nr. 23/2009 vom 29.05.2009, S. 11.
- Hinz, Thorsten (2020). Viel Lärm um nichts. Junge Freiheit, 33/2020 vom 07.08.2020, S. 2.
- Hueber, Alfons (1973). Deutsche Jugend Heute. Deutsche Annalen. Jahrbuch des Nationalgeschehens 1973. Leoni: Druffel, S. 251–265.
- Institut für Staatspolitik (2008). '68. Ursachen und Folgen. Albersroda: Antaios.
- Jäde, Henning (1970). ‚Bund – Freiheit der Wissenschaft‘ und Widerstand. Deutsche Nachrichten, Nr. 50/1970 vom 11.12.1970.
- Kh (2000). Bernd Rabehl. Nation & Europa, 50(4), S. 66.
- K.H. (1999). Jürgen Habermas 70. Nation & Europa, 49(7–8), S. 92–93.

- Kl. D. (1970). ‚Kurras wäre von der APO erschlagen worden!‘ Deutsche Nachrichten, Nr. 45/1970 vom 06.11.1970.
- Kleist, Peter (1964a). Gerechtigkeit für Dr. Neville Alexander. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 17 vom Januar/Februar 1964.
- Kleist, Peter (1964b). Gemeinschaft oder Masse? Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 20 vom Sommersemester 1964, 2. Folge.
- Kosiek, Rolf (1969). Geist, Intellekt und Vererbung. Deutsche Nachrichten, Nr. 45/1969 vom 07.11.1969.
- Kosiek, Rolf (1972). Die Krise der Uni. NHB-Report vom Mai 1972, S. 10–15.
- Kosiek, Rolf (2001). Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen. Tübingen: Grabert.
- Kosiek, Rolf (2005). Dresdner Schule – die Rückkehr zur Normalität (Interview). Deutsche Stimme, 6/2005, S. 3.
- Kr (2003). ‚Nichts Harmloses mehr‘. Der unbekannte Theodor W. Adorno. Nation & Europa, 53(10), S. 43–44.
- Kr (2008). Tödlicher 68er-Virus. Nation & Europa, 10/2008, S. 76–77.
- Lausberg, Rainer (1963). Die Bauerngeselchten. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 15 vom Juli 1963.
- Lechner, Jörg (1970). Der dialektische ‚Mausefalle-Komplex‘. Deutsche Nachrichten, Nr. 9/1970 vom 27.02.1970.
- Leidig, Tilmann (1970). Grundzüge einer neuen NHB-Strategie 70. Deutsche Nachrichten, Nr. 24/1970 vom 12.06.1970.
- Leidig, Tilmann (1972). Langer Marsch? NHB-Report vom Mai 1972, S. 3–8.
- Lohaus, Peter (1970). Das Elend der ‚kritischen Theorie‘. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 47 vom 2. Quartal 1970.
- Lohaus, Peter (1975). Der Gruppen-Komplex. Deutscher Studenten-Anzeiger Nr. 66, vom 1. Quartal 1975.
- Loscheit, Robert (1961). Notfalls auch gegen deutsche Interessen. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 3 vom November 1961.
- Loscheit, Robert (1966). Die ‚demokratisierte‘ Hochschule. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 31 vom Sommersemester 1966, 3. Ausgabe.
- Mahler, Horst (1977). Ausbruch aus einem Mißverständnis. Kursbuch Nr. 48, S. 77–98.
- Mahler, Horst (1998). Kann das deutsche Volk den Frieden noch retten? wir selbst, 3–4/1998, S. 99–105.
- Mahler, Horst (1999a). Ein Netz von Aktivisten (Interview). Junge Freiheit, Nr. 2/1999 vom 08.01.1999.
- Mahler, Horst; Maschke, Günter & Oberlercher, Reinhold (1999). Kanonische Erklärung zur Bewegung von 1968. Junge Freiheit, Nr. 10/1999 vom 5. März 1999.
- Maschke, Günter (1971). Entfremdung – Herrschaft – Produzentendemokratie. Bemerkungen zum Problem der Übergangsperiode. Kursbuch, Nr. 23, S. 85–95.
- Maschke, Günter (1972). Cubanischer Taschenkalender. Kursbuch, Nr. 30, S. 129–152.
- Maschke, Günter (1997). Das bewaffnete Wort. Wien: Karolinger.
- Maschke, Günter (2001). Deutsch ist Beachtung der Zimmerlautstärke (Interview). Deutsche Stimme, Nr. 2/2001, S. 3.
- Maschke, Günter (2003). Der Engel der Vernichtung. Junge Freiheit, Nr. 15/2003 vom 04.04.2003, S. 17.
- Meier, Ida Luise (1969). Aufstand der Utopisten. Deutsche Nachrichten, Nr. 48/1969 vom 28.11.1969.
- Meuthen, Jörg (2016). Rede auf dem AfD-Parteitag in Stuttgart vom 30.04.2016. Zugriff am 27. Juli 2021 unter https://www.youtube.com/watch?v=RqGECIcH8_0.
- Michael, Uwe (1968). Deutsche, Teufel und Studenten. Nation Europa, 1/1968, S. 9–13.
- Molau, Andreas (2008). Offene Räume nutzen! Deutsche Stimme, 10/2008, S. 21–22.
- Mü (2005). Bernd Rabehl. Nation & Europa, 55(7–8), S. 81–82.

- Mühlpfordt, Herbert Meinhard (1968). Deutsche Studenten 1848 und 1968. Deutsche Nachrichten, Nr. 33/1968 vom 16.08.1968.
- Müller, Manfred (1981). Gibt es eine nationale Linke? Nation Europa, 31(5), S. 34–38.
- Neujahr, Doris (2008). Die Reihen fest geschlossen. Junge Freiheit, Nr. 2/2008 vom 04.01.2008.
- NHB (o.J.). NHB-Hochschulkonzeption, München.
- NHB-Landesverband Schleswig-Holstein (1969). LHG = Ein neues Dokument politischer Unfähigkeit der CDU, Flugblatt, verantw.: Dieter Fürst.
- NPD Bayern (2009). 150 Argumente im Politischen Kampf, 2 Bände. Neu-Ulm.
- Öttinger, Gero (1980). Studentenschaft 1979/80: Linke Götzendämmerung? Nation Europa, 30(10), S. 51–54.
- Olles, Werner (2020). Vordenker der Antiautoritären. Junge Freiheit, Nr. 8/2020 vom 14.02.2020.
- Osten, Hartmut von (1968). Marcuses Utopia. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 40 vom Juli 1968.
- o.V. (1967). ‚Brecht dem Schütz die Gräten! Alle Macht den Räten!‘. Deutsche Nachrichten, Nr. 44/1967 vom 03.11.1967.
- o.V. (1968). Morgenröte an der Freien Universität? Deutsche Nachrichten, Nr. 25/1968 vom 21.06.1968.
- o.V. (1972). Die roten Biedermänner. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 56 vom Juli 1972.
- o.V. (1974). Wissenschaftler gegen Gesinnungsterror. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 62 vom 1. Quartal 1974.
- o.V. (1975). Bildungspolitik in der modernen Industriegesellschaft. Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 66 vom 1. Quartal 1975.
- o.V. (2009). War der Attentäter von Rudi Dutschke ein Neonazi? Bild vom 08.12.2009.
- P.L. (1967). Väter unserer roten Garden. Deutsche Nachrichten, Nr. 11/1967 vom 17.03.1967.
- Pohl, Brigitte (1969). Rebellion der Labilen. Nation Europa, Nr. 1/1969, S. 9–13.
- Poling, Sabine (2008). Aus braunem Nest. Nation & Europa, Nr. 3/2008, S. 53–57.
- R. (1963). Akademisches Proletariat? Deutscher Studenten-Anzeiger, Nr. 16 vom 15.11.1963.
- Rabehl, Bernd (1968). Ein Gespräch über die Zukunft (Gespräch mit Rudi Dutschke und Christian Semler). Kursbuch, Nr. 14, S. 146–174.
- Rabehl, Bernd (1972). Eine Reise in die DDR: Kursbuch, Nr. 30, S. 37–49.
- Rabehl, Bernd (1998). Nationalrevolutionäres Denken im antiautoritären Lager der Radikalopposition zwischen 1961 und 1980. wir selbst. Zeitschrift für nationale Identität, Nr. 3/4, S. 113–120.
- Rabehl, Bernd (2000). Feindblick. Der SDS im Fadenkreuz des ‚Kalten Krieges‘– Berlin: Philosophischer Salon.
- Rabehl, Bernd (2002). Rudi Dutschke. Revolutionär im geteilten Deutschland. Dresden: Antaios.
- Rabehl, Bernd (2005). Intellektuelle Disziplinierung (Interview). Junge Freiheit, Nr. 22/2005 vom 27.05.2005.
- Rabehl, Bernd (2006). Dutschke als nationaler Demokrat und Nationalrevolutionär. Burschenschaftliche Blätter, Nr. 3/2006, S. 116–117.
- Rabehl, Bernd (2007a). Linke Gewalt. Schnellroda: Antaios.
- Rabehl, Bernd (2007b). Vietnam war überall. Junge Freiheit, Nr. 23/2007 vom 01.06.2007.
- Rabehl, Bernd (2008a). Die Furie des bösen in der modernen Gesellschaft. hier & jetzt, Nr. 10, S. 30–33.
- Rabehl, Bernd (2008b). Zum utopischen und mystischen Inhalt linker Gewalt. hier & jetzt, Nr. 12, S. 28–33.
- Rabehl, Bernd (2008c). Ein ehemaliger 68er sagt, was er denkt. Blaue Narzisse vom 01.05.2008.
- Rabehl, Bernd (2009a). Zur Europawahl: Die Aktualität der Reichsidee. hier & jetzt, Nr. 13, S. 8–11.
- Rabehl, Bernd (2009b). Präsident und Verfassung. National-Zeitung, Nr. 17/2009 vom 17.04.2009.
- R.B. (1969). Einpeitscher jugendlicher Anarcho-Kommunisten. Deutsche Nachrichten, Nr. 39/1969 vom 26.09.1969.
- Richter, Karl (2002). Volk ohne Bildung. Die Folgen der ‚Frankfurter Schule‘. Nation & Europa, 52(2), S. 18–23.

- Richter, Karl (2008). Die 68er und ihr Werk. *Nation & Europa*, Nr. 2/2008, S. 60–65.
- R.L. (1964). Aschermittwoch. Drahtzieher in der Klemme. *Deutscher Studenten-Anzeiger*, Nr. 18 (Sonderausgabe) vom 12.02.1964.
- Schnell, Jürgen (1973). Intelligenz für die Vernunft. NHB-Report, Oktober 1973, S. 3–5.
- Schrenk-Notzing, Caspar (1970). Die Krise der Bundesrepublik. *Deutscher Studenten-Anzeiger*, Nr. 46 vom Januar 1970.
- Schwab, Jürgen (2008). Schrittmacher des Kapitalismus. *Neue Ordnung*, II/2008, S. 14–18.
- Schwab, Reinhold (1968). Stoppt Dutschke jetzt. *National-Zeitung*, Nr. 12/1968 vom 22.03.1968.
- Schwerin, Siegfried (1990). Der Bankrott der Frankfurter Schule. *Nation und Europa*, 40(5), S. 20–25.
- Singer, Hartwig (1967). Droht eine politische Explosion? *Deutscher Studenten-Anzeiger*, Nr. 36 vom November 1967.
- Singer, Hartwig (1968). Leistungsuniversität und offene Gesellschaft. *Deutscher Studenten-Anzeiger*, Nr. 37 vom Januar 1968.
- st. (1964). Studienbeschränkung für Ausländer? *Deutscher Studenten-Anzeiger*, Nr. 22 vom November 1964.
- Strasser, Otto (o.J.; ca. 1968). Ein Wort an die ‚rebellierenden Studenten‘ (Sonderdruck des Berliner Forums für unabhängige deutsche Politik; hektographiertes Manuskript).
- Tannert, Theo (1964). Der VDS am Scheideweg. *Deutscher Studenten-Anzeiger*, Nr. 17 vom Januar/Februar 1964.
- Tannert, Theo (1967). Establishment in Not. *Deutscher Studenten-Anzeiger*, Nr. 36 vom November 1967.
- Tannert, Theo (1968a). Rebellion der Jugend? *Nation Europa*, Nr. 1/1968, S. 3–8.
- Tannert, Theo (1968b). Enteignet den VDS. *Deutscher Studenten-Anzeiger*, Nr. 39 vom Mai 1968.
- Warncke, Xaver (2017). Ein rätselhafter Todesfall. *Zuerst!* Nr. 6/2017, S. 63–64.
- wb (2000). Jürgen Habermas. *Nation & Europa*, 51(7–8), S. 87–88.
- Weissmann, Karlheinz (2009a). Die Revision von 1968. *Junge Freiheit*, Nr. 23/2009 vom 29.05.2009, S. 1.
- Weissmann, Karlheinz (2009b). Gründungsmythos in Gefahr. *Junge Freiheit*, Nr. 24/2009 vom 05.06.2009, S. 13.
- Weißmann, Karlheinz (2017). Kulturbruch '68. Die linke Revolte und ihre Folgen. Berlin: JF Edition.
- Winckler, Stefan (2008). Die Studentenrevolte und ihre Gegner. *Deutschland-Journal*, S. 51–65.
- Wutke, Roland (1998). Das Versagen der 68er. Bilanz nach 30 Jahren. *Nation & Europa*, 48(7–8), S. 18–21.
- Zippendorf, Dietrich (1965). Kuby ante portas. *Deutscher Studenten-Anzeiger*, Nr. 26 vom Wintersemester 1965/66.

Literaturverzeichnis

- Bale, Jeffrey M. (2002). ‚National Revolutionary‘ Groupuscules and the Resurgence of ‚Left-Wing‘ Fascism: The Case of France’s Nouvelle Résistance. *Patterns of Prejudice*, 36(3), S. 24–49. <https://doi.org/10.1080/003132202128811475>
- Bar-On, Tamir (2007). *Where Have All The Fascists Gone?* Aldershot: Routledge.
- Behre, Silja (2016). *Bewegte Erinnerung: Deutungskämpfe um ‚1968‘ in deutsch-französischer Perspektive.* TübingenMohr Siebeck.
- Botsch, Gideon; Kopke, Christoph & Treß, Werner (2009). Mahler, Horst. In Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus.* Bd. 2: Personen (S. 509–511). Berlin: de Gruyter.

- Braune, Joan (2019). Who's Afraid of the Frankfurt School? „Cultural Marxism“ as an Antisemitic Conspiracy Theory. *Journal of Social Justice*, 9, S. 1–25.
- Brown, Timothy Scott (2013). *West Germany and the global sixties: the antiauthoritarian revolt, 1962–1978*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dorn, Wolfram (1969). *NPD – Neuer Anfang eines furchtbaren Endes?* Köln: Markus-Verlags-Gesellschaft.
- Erb, Rainer & Klärner, Andreas (2005). Antisemitismus zur weltgeschichtlichen Sinnstiftung: Horst Mahler vor Gericht. *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 14, S. 111–134.
- Feit, Margret (1987). *Die ‚Neue Rechte‘ in der Bundesrepublik: Organisation, Ideologie, Strategie*. Frankfurt/New York: Campus.
- Fischer, Michael (2015). *Horst Mahler: Biographische Studie zu Antisemitismus, Antiamerikanismus und Versuche deutscher Schuldabwehr*. Karlsruhe: KIT Scientific Publishing.
- Friedrichs, Jürgen (1971). Zur Sexualmoral in der Bundesrepublik. *Frankfurter Hefte*, 26, S. 123–128.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.) (2008). *1968 – Vom Ereignis zum Mythos*. Frankfurt/M.: Campus.
- Harwardt, Darius (2019). *Verehrter Feind. Amerikabilder deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik*. Frankfurt/New York: Campus.
- Heimlich, Steven (2009). *Rechte Leute von links. Die 68er-Bewegung im Fokus der ‚Neuen Rechten‘*. Marburg: Tectum.
- Hoffmann, Uwe (1999). *Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur*. Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Jaschke, Hans-Gerd (1994). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe. Positionen. Praxisfelder*. Wiesbaden: VS Springer.
- Jung, Dae Sung (2016). *Der Kampf gegen das Presse-Imperium: die Anti-Springer-Kampagne der 68er-Bewegung*. Bielefeld: transcript.
- Kirchner, Matthias (2015). *Hochschulreform und Studentenrevolte in Italien 1958–1974*. Paderborn: Schöningh.
- Koischwitz, Svea (2016). *Der Bund Freiheit der Wissenschaft in den Jahren 1970–1976*. Wien: Böhlau.
- Korndörfer, Lutz (2014). *1968 im Spiegel der Presse*. Berlin: LIT.
- Kraushaar, Wolfgang; Wieland, Karin & Reemtsma, Jan Philipp (Hrsg.) (2005). *Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kühnl, Reinhard; Rilling, Rainer & Sager, Christine (1969). *Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer faschistischen Partei*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Livi, Massimiliano; Schmidt, Daniel & Sturm, Michael (Hrsg.) (2010). *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*. Frankfurt/New York: Campus.
- Lucke, Albrecht von (2008). Der Deutungskampf um ‚68‘ im Lichte seiner Jubiläen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 21(3), S. 25–34. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2008-0305>
- Mammone, Andrea (2008). The Transnational Reaction to 1968: Neo-fascist Fronts and Political Cultures in France and Italy. *Contemporary European History*, 17(2), S. 213–236. <https://doi.org/10.1017/S0960777308004384>
- Mausbach, Wilfried (2002). Historicising ‘1968’. *Contemporary European History*, 11(1), S. 177–187.
- Mayring, Philipp (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse*. 12. Auflage. Weinheim: Beltz.
- Michael, George (2009). The Ideological Evolution of Horst Mahler: The Far Left–Extreme Right Synthesis. *Studies in Conflict & Terrorism*, 32(4), S. 346–366. <https://doi.org/10.1080/10576100902743997>
- Michels, Eckard (2017). *Schahbesuch 1967: Fanal für die Studentenbewegung*. Berlin: Ch. Links.
- Mirrlees, Tanner (2018). The Alt-Right's Discourse of „Cultural Marxism“: A Political Instrument of Intersectional Hate. *Atlantis Journal*, 39(1), S. 49–69.
- Müller-Dohm, Stefan (2000). *Die Soziologie Theodor W. Adornos*. Frankfurt/New York: Campus.
- Müller-Enbergs, Helmut & Jabs, Cornelia (2009). Der 2. Juni 1967 und die Staatssicherheit. *Deutschland-Archiv*, 42(3), S. 395–400.

- Nitsch, Wolfgang; Gerhardt, Uta; Offe, Claus & Preuß, Ulrich K. (1965). Hochschule in der Demokratie: Kritische Beiträge zu Erbschaft und Reform der deutschen Universität. Berlin/Neuwied: Luchterhand.
- Noll, Adolf; Plitt, Werner & Ridder, Winfried (1970). Die NPD. Programmatik und politisches Verhalten. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Reinecke, Stefan (2009). Ein konservativer Generalangriff. *die tageszeitung* vom 3. Juni 2009, S. 13.
- Rohwedder, Uwe (2012). Kalter Krieg und Hochschulreform. Der Verband Deutscher Studentenschaften in der frühen Bundesrepublik (1949–1969). Essen: Klartext.
- Rupprecht, Tobias (2008). Jenseits von Schuld und Verdienst. *Deutschland-Archiv*, 42(1), S. 96–102.
- Schäfer, Alfred (2015). 1968 – die Aura des Widerstands. Paderborn: Schöningh.
- Schmitz-Berning, Cornelia (2000). Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin/New York: de Gruyter.
- Seitenbecher, Manuel (2013). Mahler, Maschke & Co. Rechtes Denken in der 68er-Bewegung? Paderborn/München/ Wien/Zürich: Schöningh.
- Soukup, Uwe (2017). Der 2. Juni 1967. Ein Schuss, der die Republik veränderte. Berlin: Transit.
- Stangel, Matthias (2013). Die Neue Linke und die nationale Frage. *Deutschlandpolitische Konzeptionen und Tendenzen in der Außerparlamentarischen Opposition (APO)*. Baden-Baden: Nomos.
- Tauschek, Markus (2016). Macht, politische Kultur, Widerstand: Studentischer Protest an der Uni Kiel. Münster/New York: Waxmann.
- Virchow, Fabian (2010). Faschistische ‚Tatgemeinschaft‘ oder weltanschauliche Kaderschmiede? Zur Genese und Entwicklung rechter ‚systemoppositioneller‘ Programmatik, Strategie und Taktik seit den späten 1960er Jahren. In Massimiliano Livi, Daniel Schmidt & Michael Sturm (Hrsg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt: Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter* (S. 229–247). Frankfurt/New York: Campus.
- Walter-Busch, Emil (2010). *Geschichte der Frankfurter Schule. Kritische Theorie und Politik*, München: Wilhelm Fink.
- Watts, Michael (2001). 1968 and all that *Progress in Human Geography*, 25(2), S. 157–188. <https://doi.org/10.1191/027030913201678580467>
- Wehrs, Nikolai (2010). Protest der Professoren – Der ‚Bund Freiheit der Wissenschaft‘ und die Tendenzwende der 1970er Jahre. In Massimiliano Livi, Daniel Schmidt & Michael Sturm (Hrsg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt: Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter* (S. 91–112). Frankfurt/New York: Campus.
- Wehrs, Nikolai (2014). Protest der Professoren – Der ‚Bund Freiheit der Wissenschaft‘ in den 1970er Jahren. Göttingen: Wallstein.
- Wensierski, Peter (2009). Schwarze Todeslisten. *Der Spiegel* 51/2009 vom 14.12.2009, S. 38.
- Wiggershaus, Rolf (1997). *Die Frankfurter Schule. Geschichte, Theoretische Entwicklung, Politische Bedeutung*. München: S. Fischer.
- Winkler, Willi (2009). Im Zweifel Stasi. *Süddeutsche Zeitung* vom 13./14. Juni 2009.
- Witkowski, Mareike (2008). Die SED und die APO. *Rezeption der Studentenbewegung in der Presse der DDR*. Oldenburg/O.: BIS-Verlag.
- Zantke, Michael (2018). Die 68er-Bewegung und die Neue Rechte. *WeltTrends*, 141, S. 40–45.

Filmografie

- Gietinger, Klaus & Overath, Margot (2017). Wie starb Benno Ohnesorg? Der 2. Juni 1967. RBB.